

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866**

21.11.1866 (No. 277)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. November.

N. 277.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

## Telegramme.

Stuttgart, 20. Nov. Dem „Staatsanzeiger“ zufolge ist Professor Pauli zu Tübingen an das evangel. theologische Seminar in Schönbühl, unter Vorbehalt seines Ranges und Gehaltes, versetzt worden.

Bern, 19. Nov. (Bund.) Die hiesige königl. britische Gesandtschaft erklärt das Gerücht vom Tode des Prinzen von Wales als durchaus unwahr.

St. Petersburg, 18. Nov. Die Nachricht von der Reduktion des Marinebudgets ist dahin zu modifizieren, daß nur die Schiffsreparaturen im Schwarzen, Kaspiischen und Sibirischen Meere eingeschränkt, sowie daß einige Uferstationen reduziert werden sollen. Die Zahl der Schiffe in den Flottilien bleibt unverändert.

## Deutschland.

Stuttgart, 19. Nov. Die Angelegenheit des Professors Pauli in Tübingen ist gestern ihrer Entscheidung näher gerückt, indem trotz des Sonntags eine Geheimraths-Berathung darüber stattgefunden hat. Das in dieser Sitzung beschlossene Gutachten ist heute dem König vorgelegt worden, und so wird Entscheidung nicht mehr fern sein. [S. ob. Tel.]

Frankfurt, 17. Nov. (B. Stanz.) Der österreichische Major Drelli, vom Stab des Geniecorps, ist vor einigen Tagen von Wien in Frankfurt angelangt. Er gehört zu den Fachmännern, welche die österreichische Regierung den Subdelegationen zuweist, die nun im Auftrag der Bundesliquidationskommission sich nach den ehemaligen Bundesfestungen zu begeben haben, um die Inventarisierung und Abschätzung des daselbst befindlichen beweglichen Bundesvermögens zu bewerkstelligen. Die Subdelegationen werden demnach vollständig gebildet sein. Bis zur Erledigung der ihnen ertheilten Aufgaben und bis zur Wiederkehr des jetzt in Berlin weilenden preussischen Ministerialdirektors Bitter wird die Bundesliquidationskommission sich voraussichtlich mehr nur mit der Erledigung laufender Geschäfte zu befassen haben.

Dresden, 17. Nov. Das in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer vorgelegte allerb. Dekret, die Geschäftsbehandlung auf dem gegenwärtigen Landtag betreffend, lautet wie folgt:

„S. R. Maj. haben den getreuen Ständen durch allerb. Dekret vom gestrigen Tage den Entwurf des Budgets für die Finanzperiode 1867/69 vorgelegt, um der begünstigten Bestimmung in § 3 des Gesetzes vom 5. Mai 1851 Genüge zu leisten. Dieser Entwurf ist jedoch noch ganz in der bisherigen Weise in den ersten Monaten dieses Jahres abgefaßt und zusammengestellt worden und daher durchgängig auf Verhältnisse berechnet, welche durch die außerordentlichen Ereignisse dieses Jahres eine ganz wesentliche Umgestaltung erlitten haben. War nun aber die hierdurch notwendig gewordene gänzliche Umarbeitung des Budgetentwurfs vor der Zusammenberufung der Kammer schon mit Rücksicht auf die Lage der Verhältnisse in Sachen ganz unmöglich, so wird eine solche auch in den nächsten Monaten noch unauflösbar sein. Demnach der Einfluß, welchen der Beitritt Sachsens zu dem norddeutschen Bunde und insbesondere die in dessen Folge nöthig gewordene Reorganisation der Armee auf das Budget überhaupt und vorzugsweise auf das Militärbudget ausüben wird, läßt sich nicht eher mit Sicherheit übersehen, als bis die Verfassung des norddeutschen Bundes zwischen den Mitgliedern desselben vereinbart und unter Mitwirkung des Parlaments endgültig festgestellt ist. Darf nun aber auch erwartet werden, daß die Vertreter der einzelnen Bundesstaaten zur Beratung des ihnen von der k. preussischen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurfs recht bald werden zusammenzutreten können, so wird doch immer über diese Beratungen und über die Verhandlungen mit dem Parlament ein Zeitraum von einigen Monaten hingehen, ehe zu einer definitiven Umarbeitung des sächsischen Budgets zu gelangen ist, welche dann doch auch ihrerseits einige Zeit in Anspruch nimmt.“

Es wird sich daher, theils um der Regierung zu allen diesen Arbeiten die nöthige Zeit zu lassen, theils um dem Lande soweit als möglich Kosten zu ersparen, schon unter Berücksichtigung der oben angezeigten Umstände eine baldige längere Vertagung des Landtags empfehlen.

Für diese Maßregel spricht aber auch noch eine andere, wichtige Erwägung. Nachdem Sachsen dem norddeutschen Bunde beigetreten ist und die Konsequenzen dieses Beitritts nach allen Richtungen hin acceptirt hat, werden sich auch in der Verfassungsurkunde und als Folge davon in dem Wahlgesez mehrfache und zum Theil tiefer eingreifende Änderungen notwendig machen. Auch in dieser Beziehung lassen sich aber bestimmte und spezielle Vorschläge nicht eher formulieren und vorlegen, als bis die Verfassung des norddeutschen Bundes endgültig festgestellt und mithin der Einfluß genau zu übersehen ist, welchen dieselbe auf die künftige Gestaltung der inneren Verhältnisse Sachsens ausüben wird, und auch dies wird aus den oben angeführten Gründen nicht eher als nach Ablauf einiger Monate möglich sein.

In Erwägung dieser Gründe geben daher S. R. Maj. die Kammer anheim, von einer speziellen Beratung des vorgelegten, den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Budgetentwurfs abzustehen, indem Allerhöchstdieselben sich vorbehalten, nach Erledigung derjenigen Vorlagen, über welche eine Beschlußfassung schon jetzt notwendig ist, eine längere Vertagung der Kammer innerhalb der im

§. 116 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Grenze eintreten und denselben nach ihrem Wiederzutritt einen anzuwenden, den neuen Verhältnissen angepassten Budgetentwurf, sowie die Entwürfe von Gesetzen über die notwendig gewordenen Änderungen der Verfassungsurkunde und des Wahlgesezes vorzulegen.

S. R. Maj. setzen einer Erklärung der getreuen Stände hierauf entgegen, indem sie denselben in Guld und Gnaden nicht beistimmen wollen. — Dresden, am 16. Nov. 1866. — Johann. — R. Schr. v. Friesen. S. v. Nothig, Wallwig.“

Dresden, 17. Nov. Die „Dresdner Nachr.“ sprechen die Befürchtung aus, daß auch die französische Gesandtschaft hier über kurz oder lang ihre Funktionen einstellen werde. Auf Grund eingezogener Erkundigungen kann das „Dresdner Journ.“ versichern, daß zu einer solchen Befürchtung zur Zeit keine Veranlassung vorliegt. — Unter den an die Kammer gelangten Regierungsvorlagen befindet sich auch das Reichswahlgesetz für den norddeutschen Bund.

Berlin, 19. Nov. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ widerlegt das Gerücht, daß noch im Lauf dieser Session die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Ministerverantwortlichkeit bevorstehe.

Diese Erwartung — sagt das genannte Blatt — dürfte vorzeitig sein. Abgesehen von der prinzipiellen Frage, ob es ja eine von allen Seiten erkannte Nothwendigkeit, der gegenwärtigen Session des Landtags, in Rücksicht auf die Einberufung des norddeutschen Parlaments, keine zu lange Dauer zu geben, die Arbeiten also auf diejenigen Gegenstände zu beschränken, welche dringend der Erledigung bedürfen und zu denen auch nur eine kurze Session anreicht. Aus diesem Grund ist auch schon von andern Vorlagen Abstand genommen worden, die in der Vorbereitung begriffen waren, und es ist daher nicht wahrscheinlich, daß eine so wichtige Frage wie jene, die so feste Beratungen erheischt, jetzt zur Verhandlung gebracht werden wird.

Die „Kreuz-Ztg.“ bestätigt die schon erwähnte Mittheilung aus St. Petersburg, daß die glänzenden Vermählungsfeierlichkeiten daselbst durch eine Erklärung der jugendlichen Gemahlin des Thronfolgers unterbrochen wurden. — Graf Bismarck wird — demselben Blatt zufolge — aus Rügen Ende dieser Woche hier zurückkehren. — In dem Etat der Positivverwaltung für das Jahr 1867 ist eine Mehrausgabe von etwa 300,000 Thlrn. für Besoldungen ausgetragt worden, welche dazu bestimmt ist, die Gehalte der Unterbeamten aufzubessern, und zwar soll jede etatsmäßige Stelle eine Gehaltserhöhung von 50 Thlrn. erfahren. — Der k. preussische Gesandte zu Wien, Frhr. v. Werther, ist hier eingetroffen und hatte gestern eine Audienz bei Sr. Maj. dem König.

Berlin, 19. Nov. Das im Staatshaushalts-Etat für 1867 enthaltene Budget des Kriegsministeriums umfaßt noch nicht die wegen Erweiterung des Staatsgebietes neu formirten Truppentheile. Für diese wird ein besondrer Etat aufgestellt. Wohl aber sind darin die bei 40 Kavallerieregimentern neu errichteten 5 Schwadronen mit einbegriffen. Nach diesem Budget ist die Statsstärke der Armee für 1867 angefaßt auf 201,459 Mann, 5218 Mann mehr, als für das Jahr 1866 angenommen waren. Darunter befinden sich 8528 Offiziere, 23,783 Unteroffiziere, 6537 Spielleute, 164,814 Gefreite und Gemeine, 1467 Kazarethgehilfen, und 4858 Defonomehbandwerker. Die Zahl der Pferde ist auf 43,274 bestimmt, 4637 mehr als für das Jahr 1866. Der Mehrbedarf an 197 Offizieren erklärt sich ebenso, wie die Erhöhung des Mannschafes und des Pferdebestandes hauptsächlich aus der Errichtung der 40 fünften Schwadronen. Der Mehrbedarf an 509 Unteroffizieren kommt theils auf diese Schwadronen, theils auf die Verstärkung der alten 9 Trainbataillone. — Im Budget des Marineministeriums sind unter den außerordentlichen Ausgaben angefaßt: 4,120,000 Thlr. zur Anschaffung und Armirung von drei Panzerregatten, 200,000 Thlr. zur Herstellung anderer Kriegsschiffe, 1 Mill. 320,000 zur Fortsetzung der Kriegshafen-Bauten am Jadebusen und 500,000 zur Herstellung und Befestigung des Marineabstimmens an der Kieler Bucht. — Die dänischen Agitationen in Betreff der Abtretung Nordschleswigs werden ihrer immer weiter greifenden Ansprüche wegen in hiesigen politischen Kreisen als ein ernstes Hinderniß für eine baldige Erledigung der nord-schleswigschen Abstimmungsfrage betrachtet.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Nov. Während die Presse vielfach den Entschluß des Papstes, spätestens gleichzeitig mit dem Abzug der letzten französischen Truppen Rom zu verlassen, als feststehend bezeichnet und es nur noch als unentschieden hinstellt, ob das Oberhaupt der katholischen Kirche auf Malta oder auf Majorca oder irgendwo sonst seine Residenz aufschlagen werde, kann ich Ihnen die eine Thatsache verbürgen, daß heher noch nicht die mindeste Andeutung, als ob ein solcher Domilwechsel in Aussicht genommen worden, wohl aber mehr als eine Aeußerung gelangt ist, welche den unerschütterlichen Willen Pius IX. bekundet, unter allen Umständen in Rom auszuharren. Im Uebrigen glaubt freilich Oesterreich fortgesetzt und aufs strengste jeder Einmischung in die römischen Dinge entfallen und die Weiterentwicklung einer durch eine Konvention, der es von Anfang bis zu Ende

ganz fremd geblieben, geschaffenen Lage zunächst einfach beobachtend abwarten zu müssen; aber es ergibt sich in diese Haltung, die ihm unter anderen Umständen vielleicht schwieriger erscheinen möchte, um so leichter, als die bisherigen Erklärungen von Paris aus keinen Zweifel gestatten, daß Frankreich alle in der September-Konvention, sei es von ihm, sei es von Italien, übernommenen Verpflichtungen voll und treu auszuführen, beziehungsweise deren volle und treue Ausführung zu fordern entschlossen ist.

## Schweiz.

Genf, 19. Nov. Bei der gestrigen Abstimmung wurde die neue Verfassungsvorlage mit einer Majorität von 200 Stimmen verworfen. Die Radikalen stimmten für die Annahme. Während dem Abstimmungsakt herrschte vollkommene Ruhe.

## Italien.

Florenz, 14. Nov. (Sch. M.) Die Polizei hat für angemessen erachtet, die für morgen anberaumte Versammlung der römischen Emigrirten zu verbieten. Unter den gegenwärtigen Umständen hätte diese Kundgebung allerdings kompromittirend werden können, und die hervorragendsten römischen Patrioten sind daher mit dem Verbot einverstanden. — Die Minister und die fremden Gesandten sind fast alle aus Venedig zurückgekehrt. Die Ankunft des Königs wird erst am 21., und zwar mit einer gewissen Feierlichkeit, erfolgen. Eine venezianische Deputation wird Viktor Emanuel hieher begleiten. — Die Eröffnung des Parlaments ist nicht vor dem 15. Dez. zu erwarten; sie fällt also in eine Zeit, in welcher die Räumung Roms von den Franzosen bereits eine vollzogene Thatsache sein wird. — Die Senatskommission, welche den Pisanischen Prozeß zu instruiren hat, ist nach Ancona abgereist, um verschiedene Zeugenaussagen entgegenzunehmen und sich Kenntniß von dem Flottenmaterial zu verschaffen. — Aus der medicaischen Sammlung im Museo unter der Uffizien sind mehrere Gegenstände von bedeutendem materiellen und künstlerischen Werth gestohlen worden. Der Verdacht fällt auf einen Custode des Museums.

Florenz, 17. Nov. Man schreibt dem Pariser „Moniteur“: Die Rückkehr des Königs nach Florenz ist auf den 21. d. M. festgesetzt. Die Municipalität der Hauptstadt hat beschlossen, diese Rückkehr durch öffentliche Feste, welche gleichsam die Fortsetzung und Ergänzung derjenigen von Venedig sein werden, zu feiern. Alle diese Festlichkeiten haben für einige Zeit die Gemüther von den politischen Sorgen abgelenkt; allein die nahe Verfallzeit der September-Konvention zieht nothgedrungen die allgemeine Aufmerksamkeit wieder an. Im Hinblick darauf, scheint die Aktionspartei geneigt, irgend eine Agitation ins Werk zu setzen. Die demokratische Gesellschaft hatte für den 15. d. eine Volksversammlung angefaßt, allein die Regierung ließ die Urheber dieser Kundgebung durch die Quadratur aufordern, davon abzusehen. Außerdem scheinen einige kleine Scharen entlassener Garibaldianer sich an der römischen Grenze versammeln zu wollen; ein aufmerksames und maßvolles Einschreiten der Ortsbehörden reichte hin, um dieselben zum Auseinandergehen zu veranlassen. Die Regierung ist fest entschlossen, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu halten und jedes dem Programm der Konvention zuwiderlaufende Unternehmen niederzuschlagen. Sie wird darin von der allgemeinen Zustimmung des Landes unterstützt, und die Zahl der erhaltene Feinde, welche immer noch die Verlegung der Hauptstadt nach Rom als eine nothwendige Ergänzung des nationalen Einheitswertes ansehen, ist zu gering, um zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß zu geben. Darum finden auch die sehr verbreiteten Gerüchte, denen zufolge der Papst wirklich Rom zu verlassen gedächte, hier nur sehr geringen Glauben, und unter allen Umständen hat Zedermann das Gefühl und das Bewußtsein, daß, wenn Se. Heil. einen solchen Entschluß fassen sollte, er durch keinerlei Angriff auf die freie Ausübung seiner geistlichen Gewalt dazu genöthigt würde.

Florenz, 18. Nov. Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein Rundschreiben Riccafolis an die Präfecten in Betreff der inneren Angelegenheiten des Staates, in welchem, wo von der römischen Frage die Rede ist, gesagt wird:

„Es bleibt nun noch die römische Frage zu lösen, aber nach dem September-Vertrag darf und muß diese Frage kein Motiv zu Agitationen sein. Die Souveränität des Papstes wird durch den Vertrag in die Bedingungen aller andern Souveränitäten gestellt. Italien hat Frankreich und Europa versprochen, sich nicht zwischen der Papst und die Römer zu stellen und diesen letzten Versuch über die Lebensfähigkeit eines kirchlichen Fürstenthums, welches in der zivilisirten Welt besteht, sich vollziehen zu lassen. Italien muß sein Versprechen halten und von der Wirkksamkeit des Nationalprinzips den unfehlbaren Sieg seiner Rechte erwarten. Jede Agitation, welche bezüglich der römischen Frage erregt wird, muß somit widerathen, gebindert, unterdrückt werden. Die doppelte Eigenschaft, die der Papst besitzt, gibt einigen Menschen das Motiv, die politische Frage mit der kirchlichen Frage zu verwechseln und die ängstlichen Gewissen zu beunruhigen, indem sie glauben machen, die italienische Regierung wolle die Unabhängigkeit des geistlichen Oberhauptes der Katholizität beschränken. Die Regierung des Königs hat durch alle ihre Handlungen gezeigt, daß sie keine



eingereichten Augenheilkunden, nicht wohl aber in gewöhnlichen Krankenhäusern oder in den Privatwohnungen wirksam zu Theil werden kann.

Die Errichtung einer solchen Augenheilkunde für die Augenkranken des Kreises beantragt jedoch der Kreisaußschuß nicht; dagegen glaubt derselbe doch, im Interesse der armen Augenkranken des Kreises eine Vertheilung derselben an einer der im Lande bestehenden Augenheilkunden in Antrag bringen zu sollen. Diese Vertheilung soll in der Weise stattfinden, daß diese Kranken auf Kosten des Kreisverbandes in die Augenheilkunde gebracht, und dort auf Grund eines mit dem Direktor dieser Anstalt abzuschließenden Vertrags ärztliche Behandlung, die erforderlichen Arzneien, und in den dazu sich eignenden Fällen Aufnahme und Verpflegung auf Kosten der Kreiskasse erhalten.

Mit welcher der im Lande bestehenden Augenheilkunden und auf welche Grundlagen hin ein Vertrag abgeschlossen werden soll, darüber hat der Kreisaußschuß noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt.

Der Hr. Vorsitzende des Kreisaußschusses, Ministerialrath W a l l i, bemerkt noch weiter: Der Ausschuß habe nähere Erhebungen nicht gemacht, weil die Zeiten dazu nicht angethan gewesen und weil er die Ansicht der Kreisversammlung über die Frage überhaupt zuerst kennen zu sollen glaubte. Es lägen zwei Anerbietungen vor, die eine von Hrn. Professor Knapp in Heidelberg, welcher eine Privat-Augenheilkunde besitze, die aber auch zugleich zur Universitätsanstalt erhoben sei. Nach dessen Bericht seien in den 9 ersten Monaten dieses Jahres 53 Personen aus dem Kreis Karlsruhe in seine Anstalt aufgenommen worden und jede davon durchschnittlich 14 Tage darin verblieben; für das Jahr könne man also annehmen 72 Personen mit 1000 Verpflegtagen. Da Hr. Knapp die Hälfte des Staatsbeitrags von 3000 fl. jährlich zu Gunsten armer Kranken verwenden wolle, so könne er seine Forderung auf 45 fr. für den Tag und die Person stellen, und er verlange davon 25 fr. als Vauschsumme und 20 fr. für jeden Verpflegtag; die Vauschsumme würde also über 500 fl. betragen und 400 fl. etwa die einzelnen Verpflegstage. Dabei machte Hr. Knapp die besonders günstige Bestimmung, daß alle Kranken aufgenommen werden, deren Vermögens- und Erwerbverhältnisse es ihnen nicht möglich machen, die Verpflegungskosten ganz zu bezahlen. Hr. Professor R ö d e r, von Heidelberg verlangte jährlich nur die Vauschsumme von 300 fl., nehme aber nur die notorisch Armen auf. Gegen diese geringe Forderung habe sich das Bedenken erhoben, ob sie auch ernstlich gemeint sei, und dieser Zweifel sei dadurch beseitigt worden, daß in einem Bericht des Mannheimer Kreisaußschusses gesagt sei, dort habe Hr. Prof. Röder neben der Vauschsumme von 300 fl. noch 42 fr. täglich für jede Person verlangt. In den letzten Tagen habe nun Hr. Röder ein neues Anerbieten gemacht und ohne Vauschsumme 42 fr. täglich für jede Person gefordert. Es liege also kein Unterschied mehr zwischen beiden Forderungen vor. Nach Berichten hätten die Ausschüsse zu Mannheim und Heidelberg bereits mit Hrn. Prof. Knapp Verträge abgeschlossen.

Hr. Apotheker S a l z m a n n von Bretten will mit seiner Augenheilkunde einen Vertrag abschließen, sondern den Eintritt in gutein-gerichtete Spitälern erleichtern, damit nicht den Bezirkärzten die Patienten entzogen werden und deren Eifer erkalte. Er wünsche der Knapp'schen Anstalt alle Unterstützung; sie sei eine Nothwendigkeit für die Universität, eine Wohlthat für die Wissenschaft, die Ärzte und die Studierenden; aber er sei gegen einen Vertrag des Kreises mit jeder Augenheilkunde, und stelle den Antrag, von dem Ausschußantrag bezüglich dieser Frage Umgang zu nehmen. Lenz stellt den Antrag: der Ausschuß wolle bevollmächtigt werden, im laufenden Jahr noch einen Vertrag mit einer Augenheilkunde abzuschließen. In Mannheim, Heidelberg und Bruchsal habe man bereits Verträge abgeschlossen. Hr. Knapp von Philippsburg hält diese besondere Vorzüge für die armen Augenkranken nicht für geboten, die bisherigen Verhältnisse reichten aus. Ein Abg. von P f o r z h e i m unterstützt den Antrag des Abg. Lenz, wünscht aber Vertragsabschluss mit Prof. Knapp. Abg. R ö d e r von Karlsruhe unterstützt den Antrag des Abg. Lenz mit dem Vorbehalt, daß vorerst nur auf 1 Jahr der Vertrag abgeschlossen werden solle. Abg. D a h m e n von hier erklärt sich mit Lenz und Röder einverstanden, stellt aber den Antrag, man möge den Kreisaußschuß ermächtigen, mit beiden Heidelberg'schen Anstalten Verträge abzuschließen. Die Konkurrenz könne nur günstig wirken. Abg. D e r l e von Bruchsal stellt den Antrag, den Kreisaußschuß anzuweisen, mit Prof. Röder den Vertrag abzuschließen; derselbe sei ein Badener und Heidelberger und talentvoll; man müsse ihm zu seiner Nahrungsquelle und zu Kunstschaff verbleiben.

Abg. Eisinger aus Bruchsal ist gegen jeden Vertrag mit irgend einer Anstalt. Abg. K n i t t e l von Karlsruhe: Die statistischen Nachrichten seien noch so dürftig, daß er dem Ausschußantrag habe bestimmen wollen; er habe sich aber überzeugen lassen, daß wirkliche und schleunige Hilfe geboten sei; nur sei er gegen eine Vauschsumme und stelle daher den in Vorschlag angenommenen Antrag auf Zahlung per Kopf und Tag. Mit wem der Vertrag abgeschlossen werden soll, könne er nicht sagen; man möge jedem Patienten aus der Kreiskasse täglich 45 fr. zahlen, ihm aber überlassen, wo er hingehen wolle. Walli wünscht, daß sich die Verammlung über die Einzelheiten ausspreche, weil wohl im nächsten Jahr der Vertragsabschluss werde erfolgen müssen.

Es sprachen noch R ö d e r, Oberle, Wielandt, dieser für den Ausschußantrag; K n i t t e l, welcher nach die Bestimmung beantragt, daß die Fahrkosten von den betr. Gemeinden zu tragen seien; S a c h s, welcher sich für die Knapp'sche Anstalt erklärt, mit der auch der Kreis Baden einen Vertrag abschließen und wahrscheinlich auch Mosbach; S c h m i d t, welcher den Antrag des Abg. Lenz unterstützt; S a l z e r und P a r a v i c i n i. Die Abg. Lenz und Röder vereinigen ihre Anträge, ebenso der Abg. D a h m e n den seinigen mit jenen von K n i t t e l und Eisinger. Der Antrag 1 des Ausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen, dagegen Antrag 2 verworfen; der Antrag Lenz-Röder wird angenommen; ebenso K n i t t e l's Antrag, jedem Patienten zu überlassen, in welche Anstalt er gehen wolle. Oberle's Antrag ist dadurch abgelehnt; dagegen wird K n i t t e l's Antrag, mit dem sich Paravicini vereinigt, angenommen, wozu die Gemeinden einen Präzisionsbeitrag leisten müssen.

Auf den Antrag des Abg. S a c h s wird heute Nachmittag ein Sonderausschuß zur Prüfung der Ausschussrechnung gewählt werden. (Es wurden gewählt: die Hh. Stadtdirektor S a c h s, Bezirksrath Stürzenacker, und Pfarrer Oberle.)

L ö r r a c h, 16. Nov. Die Kreisversammlung hat ihre Sitzungen beendet und die Errichtung von Zuchthaus-Stationen, sowie die Unterbringung der Augenkranken des Kreises auf dessen Kosten in der Mann'schen Klinik zu Freiburg beschlossen, dagegen die beantragte

Gründung von Kreisverpflegungs- und Kreis-Balsenanstalten, sowie von landwirthsch. Winterschulen abgelehnt.

#### Bermischte Nachrichten.

Dom Miguel, Herzog von Braganza, Dom Miguel Maria Evarista ist als Sohn des Königs Joao VI. von Portugal und der Prinzessin Carlota von Spanien am 23. Okt. 1802 geboren. Unter der Leitung seiner Mutter, nach ihren politischen und religiösen Ansichten erzogen, zeigte er sich schon jung als entschiedenen Gegner des konstitutionellen Prinzips. Dom Miguel stiftete 1824 eine Verschwörung gegen die von seinem Vater begünstigte Verfassung, und fast wäre der Anschlag geglückt, da bereits einige Tausend Mann Truppen für den Prinzen gesammelt waren, und die Person des Königs sich in den Händen der Verschwörer befand, als der französische Gesandte an der Spitze des diplomatischen Körpers sich Zugang zum König verschaffte und von diesem die Verschwörung erhielt, daß Alles ohne sein Wissen geschehen sei. Der König begab sich an Bord eines im Tajo liegenden englischen Schiffes, die Königin und der Prinz wurden verbannt, und letzterer schiffte sich am 14. Mai nach Nantes ein, von wo er nach Wien ging und dort mehrere Jahre lebte. Nach seines Vaters Tod, 1826, gab Kaiser Dom Pedro von Brasilien durch Dekret vom 3. Juli 1827 seiner Tochter Donna Maria da Gloria den Thron von Portugal, und bestimmte, daß Miguel die Königin, seine Nichte, ehelichen, zugleich aber die Verfassung aufrecht erhalten sollte. Miguel kam nun nach Lissabon, leistete den Eid auf die Verfassung, und übernahm als Regent die Regierung; aber nach wenigen Tagen hob er die Verfassung auf, erklärte sich durch Dekret vom 30. Juni 1832 zum König, und regierte ganz absolutistisch, ward aber, außer von Spanien, von keiner europäischen Macht anerkannt, worauf seine Braut Donna Maria, welche schon nach Lissabon unterwegs war, auf die Nachricht vom Vorgefallenen gar nicht landete, sondern über London nach Rio de Janeiro zurückkehrte. Im Jahr 1832 machte Dom Pedro eine Gegenrevolution, und Dom Miguel ward endlich unter Englands Mitwirkung geflücht. In Folge der Uebereinkunft von Coora-Monte, 26. Mai 1834, verließ Miguel Portugal auf einem englischen Kriegsschiff und ging über Genua nach Rom, lebte dort einige Jahre, vermählte sich am 24. Sept. 1851 mit der Prinzessin Adelaide von Ewensheim-Wertheim-Rochfort, und lebte seitdem meistens auf den Ewensheim'schen Besitzungen Heubach bei Miltenberg und Bronnbach bei Wertheim. Ein Schlaganfall, der ihn auf dem Ewensheim'schen Jagdschloß Karlsberg traf, endete in der Nacht vom 14. auf den 15. d. sein Leben. Aus seiner Ehe leben 5 Töchter und ein 1853 geborner Prinz.

Von Stuttgart, 19. d., schreibt man uns: Seit mehreren Tagen trifft die „Karlsruher Zeitung“ um einen Tag zu spät hier ein, und zwar ist diese Unregelmäßigkeit so regelmäßig, daß die Mittwochseilung erst Donnerstag, die vom Donnerstag erst am Freitag, die vom Freitag erst Samstag, die vom Samstag erst Sonntag, und die vom Sonntag erst heute eintrifft. Woran es liegt, ist mir zur Zeit unbekannt; doch scheint es an dem neuen Fahrtenplan und dem Anstich bzw. Nichtanstich der Bahnzüge zu liegen. (Eine Notiz des heutigen „Staatsanz.“ scheint Dies zu bestätigen.)

München, 15. Nov. (Bayr. Ztg.) Montags fand die notarielle Verreibung des Uebergangs des größeren Theils der hiesigen Ferkelwerke — ungefähr zwei Drittel — vom 1. Militärrar an die Stadtgemeinde um den Kaufpreis von ungefähr 200,000 fl. statt, womit die seit Aufhebung der Ferkelzunft der Stadt zu Anfang dieses Jahres gepflogenen Unterhandlungen ihren Abschluß fanden. Die Pläne der Niederlegung der erworbenen Ferkelwerke und Verwandlung derselben in entsprechende Anlagen, Straßen und Bauplätze sind zur Zeit Gegenstand der Erörterung zwischen Magistrat und Regierung.

München, 20. Nov. Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hat ihren Disconto von 5 auf 4 Proz. für Wechsel und auf 4 1/2 Proz. für Lombard ermäßigt.

Frankfurt, 16. Nov. (Nürnb. Corr.) Man ist hier nun damit beschäftigt, für mehrere preussische Behörden, welche ihren Sitz in Frankfurt haben werden, geeignete Lokalitäten zu beschaffen und einzurichten, z. B. für eine Oberfeuerbehörde, für welche etwa 50 Zimmer erforderlich werden, für eine militärische Behörde, welcher 34 Zimmer einzuräumen sind, u. s. w. Die Zahl der hier verwendeten preussischen Telegraphenbeamten beläuft sich gegenwärtig schon auf etwa 120; sie wird aber auf 140 gebracht werden; die Haupt-telegraphenbureau wird in das Postgebäude auf der Belle kommen; im Oberstengebäude wird die ganze erste Etage für Telegraphenbureau eingerichtet. Wie verlautet, finden jetzt hier zahlreiche Anmeldungen zum einjährigen freiwilligen Dienste statt.

Der bleibende Ausschuss des deutschen Handeltages macht in Nr. 7 seiner Korrespondenz ausführliche Mittheilungen über Verhandlungen, welche Einzelne seiner Mitglieder mit einem Komitee der Generalversammlung der österreichischen Industriellen in Wien zu Ende Oktober und Anfang November gepflogen haben. Es sind in mehreren Sitzungen alle wichtigeren Industriezweige durchgegangen und deren Bitten nach dem Vertrag mit Desterreich in Erwägung gezogen worden. Nur in sehr wenigen Positionen, die für den Zollverein Werth haben, hat sich eine Einigkeit der österreichischen Industriellen zu erkennen gegeben, eine Zollherabsetzung zuzugeben, und zwar nur Zug um Zug gegen Konzessionen des Zollvereins. Doch hat man die angebotenen Verhandlungen nicht ganz fallen lassen wollen.

Kiel, 16. Nov. (Hamb. Nachr.) Professor v. Treitschke hat für seine Vorlesung über die Geschichte von 1848—50 einen ganz ungewöhnlich großen Zuhörerkreis, der nicht allein aus Studenten, sondern aus Männern aller Stände, Jüdis und Nichtjüd., besteht. Das größte Auditorium immer, die sog. kleine Aula, reicht nicht aus. In Folge dessen ist ihm die große Aula bewilligt worden.

Der König von Preußen hat unter Befehligung des Reichsstatthalter der zur Prüfung dramatischer Werke niedergesetzten Kommission dem Verfasser des Trauerspiels „Brutus und Callatinus“, Dr. Albert Lindner in Rudolfsbad, den durch das Patent vom 9. Nov. 1859 gestifteten dramatischen Preis, im Betrag von 1000 Thlrn. Gold, nebst einer goldenen Denkmünze, im Werth von 100 Thlrn. Gold, verliehen.

Aus Graz wird der „Presse“ geschrieben: „Dr. v. Tegethoff schildert den Empfang, den er bei Hof fand, als einen sehr warmen und herzlich. Der Kaiser sprach unter Anderm seine volle Befriedigung über das auf dem Linienfahrte „Kaiser“ der Flotte gegebene Fest aus und fragte den Admiral, wie hoch sich die Kosten desselben belaufen. Tegethoff jagte zweitausend und einige Hundert

Gulden. Auf die Frage des Kaisers, ob er das Geld schon erhalten habe, erwiderte Tegethoff, er habe die Summe noch nicht in Empfang genommen, weil die Rechnung von der Buchhaltung noch nicht erledigt sei. Sie werden eine runde Summe erhalten, bemerkte hierauf der Kaiser, und zwei Tage später erhielt der Admiral eine Anweisung auf 10,000 fl. zur Bestreitung der Balkkosten zugesandt. Auch die Reise, welche Tegethoff, um Erfahrungen über die in den Marinen anderer Staaten gemachten Fortschritte zu sammeln, projekirt, kam bei dieser Unterredung zur Sprache. Der Kaiser gab dem Admiral seine Zustimmung zur Reise und befehlte sich vor, die Reisekosten zu bestreiten. Die betreffenden Konsulate werden angewiesen, die notwendigen Summen auszugeben. Vizeadmiral v. Tegethoff wird erst am 17. d. M. von Graz abreisen. Der Admiral geht über England nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

In den letzten Wochen war viel von einem Bären die Rede, der sich in der Gegend von Grone, 3 Stunden von Sitten (Wallis), herumtreiben sollte; deshalb große Aufregung unter den Jägern und ein unternommener Jagdzug, welcher, außer vielen vertilgten Fasanen jedoch ohne Erfolg blieb. Am 13. d. sah aber ein Bauer von Grone, der auf dem Feld arbeitete, gemächlich den Bären herumspazieren; unser Landmann ließ sogleich helu, lud ein altes Kommissgewehr mit 2 Kugeln, und machte sich zur Verfolgung des Raubthieres auf, das er auch so glücklich war zu erlegen.

In Paris sind so eben in zwei Bänden die hinterlassenen Schriften von Lamennais erschienen. Sie bestehen theilweise ausschließlich aus Briefen, die Lamennais noch bei Lebzeiten von den Adressaten sich hatte zurückhalten lassen und die er selbst für die Veröffentlichung nach seinem Tod geordnet hatte, um seine Memoiren, um die man ihn so häufig anging, zu ergänzen. Die beiden Bände sind von A. Blaise veröffentlicht und von Dentu herausgegeben worden.

Amsterdam, 19. Nov. Mittags. (Fr. Ztg.) Heute ist der Prospekt einer neuen österr. russischen Silberanleihe von 6 Mill. R. erschienen, welche Hope und Baring emittiren. Der Emissionskurs ist 86 und stellt sich nach Abzug der Jouissance auf ungefähr 83 1/2. Stille und Verloofung genau wie bei dem Anlehen von 1864.

Die Bevölkerung der ganzen Erde wird nach den sehr eingehenden Arbeiten Dr. Behrn's zu 1350 Millionen angegeben, von denen (in runden Summen) 285 Millionen auf Europa, 793 1/2 Mill. auf Asien, 4 Mill. auf Australien und Polynesien, 188 Mill. auf Afrika, und 74 1/2 Mill. auf Amerika kommen.

#### Nachricht.

Berlin, 19. Nov. (Sch. M.) Luxemburg will als preussische Besatzung nur als Konzeption bewilligen, nicht als Recht, welches Preußen kraft europäischer Verträge beansprucht. Luxemburg wünscht ferner Garantien, daß Preußen einem etwaigen Parlamentsbeschluß wegen Eintritts Luxemburgs in den norddeutschen Bund Widerstand leistet, welche förmliche Verpflichtung Preußen ablehnt.

Wien, 19. Nov. Die „Wien. Corr.“ meldet, daß der Kaiser das Beglaubigungsschreiben des württembergischen Gesandten, des Hrn. v. Humboldt, entgegennahm und daß die diplomatische Mission der Vertreter Neapels, Parma's, Toskana's und Modena's in Wien seit dem 9. Nov. als beendet anzusehen ist.

W. Mannheim, 19. Nov. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. gegen 200 Zollpf. 15 fl. 30 C., 15 fl. 45 P., ungarischer 15 fl. 20 C., 15 fl. 40 P., auf Lieferung pro Mai — fl. — C., 15 fl. 30 P., fränkischer — fl. — C., — fl. — P. — Roggen, eff. 11 fl. 15 bis 20 C., 11 fl. 20 bis 24 P. — Gerste, eff. hies. gegen, neue, 11 fl. 15 C., 11 fl. 30 P., württemb. 11 fl. — C., 11 fl. 15 P., Pfläzer I. — fl. — C. — Hafer, eff. neuer, 100 Zollpf. 4 fl. 15 C., 4 fl. 20 P. — Kernen, eff. 200 Zollpf. 15 fl. 40 P. — Delsamen, deutscher I. Kolbtreps, — fl. — C., — fl. — P., ungarischer Kolbtreps, — fl. — C., — fl. — P. — Bobnen, 13 fl. bis 14 fl. P. — Linen 15 fl. bis 25 fl. P. — Erbsen 12 fl. bis 13 fl. P. — Kleesamen, deutscher I. 32 fl. 30 C., 33 fl. — P., — II. 31 fl. P., Luzerner 29 fl. bis 30 fl. P. — Sparrsette 7 fl. P. — Del: (mit Fuß) 100 Zollpf. Reimal, eff. Inland in Partien 25 fl. 30 P., sahweise 25 fl. 45 C., 26 fl. — P., Mühl, eff. Inland, sahweise — fl. — C., 26 fl. 30 P., in Part. 25 fl. 45 C., 26 fl. P., auf Lieferung 26 fl. 30 P. — Mehl 100 Zollpf.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — C., 12 fl. 45 P., Nr. 1 12 fl. — C., 12 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — C., 10 fl. 30 P., Nr. 3 9 fl. 15 C., 9 fl. 30 P., norddeutscher im Verhältnis billiger. Roggenmehl, Nr. 0, — 1 Stettiner, 9 fl. — C., 9 fl. 15 P., — Brantwein, eff. (50 % n. Tr.) trans. (150 Lit.) — fl. — C., 23 fl. 30 P. — Spirit, 90%, trans., — fl. — C., 46 bis 48 fl. P. — Petroleum in Partien verzollt, nach Qualität 16 fl. — C., 16 fl. 30 P.

Zu Getreidegeschäften keine wesentliche Veränderung. Weizen, Roggen und Hafer bei bedeutenden Zufuhren prompter Abzug zu festen Preisen; Mehl blieb gefragt, bei unveränderten Notirungen; Mühl besser beachtet; Weidl, in Folge auswärtigen Preisrückgangs etwas niedriger angeboten; Kleesamen sehr fest und höher bezahlt; Petroleum bei bedeutenden Platzbeständen und starkem Bedarf preisstaltend.

#### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

18. Nov.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Humidität.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 1,87"	- 1,0	E.W.	ganz bem.	trüb, Frost
Mittags 2 "	" 1,02"	+ 2,0	"	"	wolde, Schneef.
Nachts 9 "	" 0,00	2,0	"	"	Schneefall
19. Nov.					
Morgens 7 Uhr	27° 6,77"	+ 3,5	E.W.	ganz bem.	trüb, frisch, Regntr.
Mittags 2 "	" 7,37"	+ 4,5	"	stark	Sonnenbl., frisch
Nachts 9 "	" 8,53"	+ 1,0	"	"	trüb, Nacht-Schnee

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Theater in Baden.

Mittwoch 21. Nov. Marie, die Tochter des Regiments; komische Oper in 2 Akten, von Donizetti.

